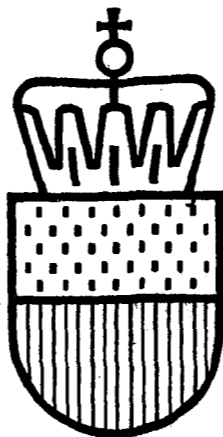


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich sfr 22.—, halbjährlich sfr 11.50, vierteljährlich sfr 6.—. Ausland jährlich sfr 42.—, halbjährlich sfr 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 13 Rp. 30 Rp.
Schweiz 16 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 18 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ - 9490 Vaduz, Samstag, 11. März 1967

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

101. Jahrgang - Nr. 38

Bildung und Konfession: Viel guter Wille

Weihbischof Tenhumberg zur Abschaffung der Bekenntnisschulen in Baden-Württemberg

Durch ein Gesetz zur Aenderung der Verfassung vom 8. Februar 1967 wurden mit einem Schlage in Südwestfalen-Hohenzollern ca. 650 katholische Bekenntnisschulen beseitigt

Die bevorstehende Schaffung eines neuen Schulgesetzes hat in Liechtenstein eine breite Diskussion ausgelöst, an der sich namentlich auch Kreise unserer Wirtschaft als direkt Interessierte beteiligten. Dem Thema Bildungspolitik waren in jüngster Zeit verschiedene Publikationen und Vorträge gewidmet, in denen teilweise auch die konfessionellen Fragen angetönt oder gestreift wurden. Nachstehender Beitrag aus der Feder von Weihbischof Tenhumberg zeigt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland, deren Bildungsgesetzgebung oft als beispielgebend dargestellt wurde, gerade hinsichtlich der Konfessionsfragen Unstimmigkeiten gibt. Wenn sich auch keine direkten Beziehungen zu unseren liechtensteinischen Problemen ergeben, so zeigt die heutige Situation in Deutschland immerhin, dass man jede neue Gesetzgebung genauestens überdenken und auf ihre Konsequenzen prüfen muss, ehe man sie in die Tat umsetzt.

KOMMENTAR

Nationales Sparschwein

Im ansprechenden Rahmen eines gemeinsamen Abendessens setzten Verwaltungsrat und Angestellte der Liechtensteinischen Landesbank gestern im Hotel Real in Vaduz den Bruchteil eines Promills ihres Reingewinns für das Jahr 1966 in kulinarische Genüsse um. Dass (erstmalig) auch die Presse zum alljährlichen Bilanzessen eingeladen war, deutet einen neuen Stil in Fragen der Public relations dieses Landesinstitutes an, das in den vergangenen Jahrzehnten seines erfreulichen Aufstiegs gleichermassen zum nationalen Sparschwein, wie zum ersten Träger der nationalen Hypothekarschuld avancierte. Den Anlass gab, wie schon angedeutet, die Bilanz für das vergangene Jahr, die mit einer Summe von mehr als 410 Mio Schweizer Franken eine neue Rekordhöhe erreicht. (Siehe auch Seite 3 der heutigen Ausgabe.) - Nach Rückstellungen von 1 Mio Franken in den Reservefonds (dieser ist inzwischen auf 8 Mio Franken angewachsen) und von 400 000 Franken in eine Reservekasse für Bauzwecke, weist das Institut noch einen Reingewinn von rund 2,3 Mio Franken aus, der im Vergleich zum Jahr 1965 um gut Fr. 200 000.- gestiegen ist. Während die Bilanzsumme von 1965 auf 1966 um 57 Mio gewachsen ist, erhöhte sie sich im abgelaufenen Jahr lediglich noch um 36 auf 410 Mio Franken. Ein Rückgang, der vor allem auf den Posten Kreditoren auf Zeit zurückzuführen ist, die sich im Berichtsjahr nur noch um 10 Mio erhöhten (1965 = 24 Mio). Dieser Rückgang der kurzfristigen Kundengelder dürfte auf die internationale Kapitalknappheit der letzten Monate zurückzuführen sein. In einem (erfreulichen) Widerspruch dagegen steht die Tatsache, dass die Sparanlagen auch 1966 um rund 12 Mio angewachsen sind, während sich die Kassenobligationen vergleichsweise sogar noch um 4 von 7 auf rund 11 Mio Franken erhöht haben. Während sich das Sparprämiengesetz doch nicht in dem Masse auswirkte, wie man dies mitunter da und dort erwartet hat, zeugt das Anwachsen des Titels Kassenobligationen, dass es bei uns vorderhand noch nicht an bodenständigem Kapital mangelt. - Auf der anderen Seite zeigt der Posten «Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentl. rechtl. Körperschaften», der im Berichtsjahr um weitere 3 auf nunmehr 8,3 Mio Franken angewachsen ist, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand (Staat und Gemeinden) weiterhin anhält. - Die Bilanzsumme von 410 Mio Franken darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kapitalzufluss zur Landesbank im Jahre 1966 um 23 Mio Franken geringer war als im Vorjahr. Andererseits beschränkt sich dieser Rückgang auf kurzfristige Gelder, während sich die anderen Quellen weiterhin stabilisierten. - Die Summe des verfügbaren Bargeldes und der Bankendebitoren beträgt zusammen über 190 Mio Franken und gibt der Landesbank somit eine Liquidität von seltenem Ausmass. Anlass genug um mit Optimismus in das neue Geschäftsjahr zu gehen. (wbw)

und die Simultanschulen badischer Prägung für das ganze Land als Regelschulen eingeführt. Für die Zukunft haben die Eltern in den allermeisten Fällen - wenigstens vorerst - keine echten Wahlmöglichkeiten mehr. Die wenigen Fälle betreffen einige Privatschulen, deren Zulassung aber von einschränkenden Bestimmungen abhängig ist. Damit hat der Staat einen gefährlichen Weg beschritten, der insbesondere in einer pluralistischen Gesellschaft zu Konflikten führen muß. Die deutliche Reaktion der beiden Bischöflichen Ordinariate von Rottenburg und Freiburg ist daher verständlich. Weder der Hl. Stuhl noch das katholische Volk in Deutschland können eine solche Verletzung des Konkordates einfach hinnehmen.

Die düstere Lage scheint allerdings insofern - trotz allem - etwas erhellt, als die Koalitionsregierung in Stuttgart, das Auswärtige Amt in Bonn und die beiden Parteispitzen der CDU und SPD zu erkennen gegeben haben, daß sie für die Reaktion der Kirche Verständnis aufbringen und statt einer prozessualen Auseinandersetzung auf jeden Fall zu ernsthaften Verhandlungen im Sinne von Artikel 33 des Reichskonkordates bereit sind. Die Kirche wird die hier dargebotene Hand trotz ihrer Enttäuschung nicht einfach ausschlagen können.

Außerst bedenklich ist in diesem Zusammenhang nur die Tatsache, daß in anderen Bundesländern - besonders in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, in denen die Schulkämpfe ebenfalls einem Höhepunkt zustreben - Stimmen laut werden, die Parteien sollten über die Bedenken der Kirche einfach zur Tagesordnung übergehen und überall von Staates wegen die Gemeinschaftsschule als Regelschule einführen. Das wäre dann eine Verletzung demokratischer Grundrechte großen Ausmaßes und eine internationale Konkordatsverletzung im Gewaltstil, die zu einem umfassenden und wahr-

scheinlich sehr bitteren Kulturkampf führen müßte. So kann man nur wünschen - und alle Verantwortlichen dringend darum bitten, daß die Lage in Baden-Württemberg in ihrer Einmaligkeit gesehen wird.

In Baden-Württemberg scheint also das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Wenn nicht alles täuscht, wird man sich dort bald an einen Tisch setzen und im Wege von Verhandlungen eine Lösung anstreben, die beide Seiten befriedigt. Es ist verständlich, daß die beiden Koalitionspartner dabei auch an ihr eigenes Interesse denken. Die CDU wird um eine gütliche Klärung bemüht sein, denn ein weiterer Vertrauensschwund bei den katholischen Wählern könnte ihr - etwa bei den bevorstehenden Wahlen in Rheinland-Pfalz - erheblichen Schaden zufügen. Die SPD hat schon im Stuttgarter Landtag und seinem Kulturausschuß allen kulturpolitischen Angriffen der FDP widerstanden und sich ernsthaft um die Verbesserung des Klimas bemüht. Man kann nur hoffen, daß sie mit jenen Relikten ideologischer Provenienz fertig wird, die ihren Weg zu einer allgemeinen Volkspartei bisher erheblich erschwert, wenn nicht blockiert haben. Auch sie kann durch einen Kompromiß, der in ehrlichen Verhandlungen zu erzielen wäre, nur gewinnen. Gott Dank gibt es realistische Politiker in Bonn und Stuttgart, die das deutlich genug sehen.

Auch die katholischen Schulpolitiker werden die Lage nüchtern prüfen müssen. Trotz verständlicher Entrüstung heißt es jetzt, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden und den bestmöglichen Weg für die Zukunft zu suchen. Ein Konkordatsprozeß und hochpolitische Auseinandersetzungen zwischen einer Landesregierung, der Bundesregierung und dem Hl. Stuhl dürften nur die ultima ratio sein. Die Meinung des Auswärtigen Amtes in Bonn geht offensichtlich dahin, daß die Verhandlungs- und Verständ-

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Genug Ansatzpunkte ...

Im «Liechtensteiner Volksblatt» sind in letzter Zeit eine ganze Reihe interessanter Beiträge zu Glaubensfragen erschienen. Erfreulicherweise wurde auch dem Vortrag eines protestantischen Pfarrers zur Frage der Konfessionen «Protestanten und Katholiken» von Christoph Möhl (Nr. 33, 34, 35, 36 - 1967) viel Raum gewährt. So positiv die Tatsache zu bewerten ist, dass eine katholische Zeitung in einem ausgesprochen katholischen Land auch die «andere Seite» in so ausführlicher Weise zu Wort kommen lässt, so bedauerlich scheint es mir, dass diese Ausführungen nicht zu einer öffentlichen Diskussion (etwa in Form von Leserbriefen) angelegt haben. Die sehr aufschlussreichen und instruktiven Ausführungen zum Thema «Protestanten und Katholiken» hätten genug Ansatzpunkte für eine kritische und fruchtbare Diskussion (nicht nur von katholischer Seite) gegeben. (L.O.)

digungsmöglichkeiten auf Grund von Art 33 des Reichskonkordates noch nicht ausgeschöpft seien. So dürfte die Erkenntnis wachsen, daß beide Parteien aus einer offenen Verhandlung nur gewinnen könnten. Sie müssen vor allen Dingen erkennen, daß es für die katholischen Eltern und die katholische Kirche hierbei letztlich um Gewissensfragen geht.

Die Aufgabe der Zukunft kann nur lauten: Verständigung auf der Grundlage des Konkordates und seiner Freundschaftsklausel des Art. 33. Für die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen aber sollte man aus dem bedauerlichen Streit von Baden-Württemberg lernen und vonseiten der Parteien rechtzeitig eine Verständigung mit der Kirche suchen. Die Kirche hat schon in anderen Fällen in sehr schwierigen Lagen gezeigt, daß sie dem Staat keine unzumutbaren Forderungen stellt. Der vielzitierte Artikel des «Osservatore Romano» über die Schulfrage in Baden-Württemberg hat aber deutlich gezeigt, daß die Kirche nicht gewillt ist, die Lösung von Baden-Württemberg als Modell für andere Bundesländer anzuerkennen. Von allen Seiten ist jetzt viel guter Wille gefordert. Videant consules!

Feuerwehr: Mangelhafte Voraussetzung

Generalversammlung unseres Feuerwehrverbandes: Versicherungsschutz-Wünsche und hängige Gesuche beim Landtag

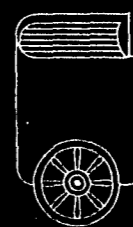
(Eing.) Am Samstag, den 4. März 1967 fand im Hotel Adler in Vaduz die Jahresversammlung des Liechtensteiner Feuerwehrverbandes statt. Um 20.30 Uhr konnte der Verbandsobmann Heinrich Kindle, Triesen die vollzählig erschienenen Deligierten aus allen Gemeinden begrüßen. Einen ganz besonderen Gruss entbot er dem Ehrenmitglied des Verbandes, Herrn Josua Feuerer, Feuerwehrexperte, Buchs. Der Vorsitzende schilderte in längeren Ausführungen das Geschehen im abgelaufenen Jahr 1966 und gab die vielen Sitzungen der Verbandsleitung und die Konferenzen bei der fürstl. Regierung bekannt. Mit Erfolg wurden im Jahre 1966 auch zwei Kurse durchgeführt, und zwar im Frühling ein Gasschutzkurs in Triesen und im Herbst ein Offizierskurs in Mauren. Beide Kurse waren sehr gut besucht und haben für die Ausbildung unserer Feuerwehren viel beigetragen. Das im verflorbenen Jahre verstorbene Ehrenmitglied Kamerad Johann Müssner, (50 Jahre Feuerwehrdienst) wurde von der Versammlung durch Erheben von den Sitzen geehrt. Vor Eröffnung der Versammlung wurde die Jahresrechnung von den Revisoren Jakob Büchel, Ruggell und Rochus Lampert, Triesenberg überprüft und für richtig befunden. Die Jahresrechnung wurde vom Kassier Adelbert Heeb, Schaan vorgelesen und von der Versammlung genehmigt. Anschliessend wurde das Protokoll von der letzten Generalversammlung vom Schriftführer Rudolf Marxer, Mauren verlesen und von der Versammlung genehmigt. Wie be-

reits schon früher bekannt gegeben wurde, wird der Feuerwehrtag am 28. Mai 1967 in Schellenberg durchgeführt. Als Feuerwehr-Experten wurden die bisherigen Kameraden bestimmt und zwar Josua Feuerer, Buchs, Emil Giger, Walenstadt, und Albert Spirig, Walenstadt.

Beim Punkt «Freie Anträge» entstand eine rege Diskussion. Als Erster ergriff Feuerwehrexperte Josua Feuerer das Wort. Er dankte für die Einladung zur Jahresversammlung und betonte besonders, dass ein sehr kameradschaftlicher Kontakt bestehe zwischen den Experten und der Verbandsleitung sowie zu allen Sektionen. Es sei für ihn und die andern Experten sehr erfreulich, dass bei den Kursen im letzten Jahre alle Teilnehmer mit grossem Eifer und Hingabe die Kurse besuchten. Anlässlich der Landeskontrolle die er mit dem Verbandsobmann Heinrich Kindle über die Ausrüstung und Geräte der einzelnen Feuerwehren, sowie über die Hydrantenanlagen der Gemeinden durchführte, konnte er feststellen, dass bis auf einige kleinere Mängel alles in bester Ordnung sei. Es würde zu weit führen alle von Kamerad Feuerer ausgeführten Hinweise und Belehrungen hier anzuführen. Am Schlusse seiner Ausführungen wünschte er den Feuerwehren viel Glück und Erfolg bei den Uebungen und besonders im Einsatz bei Brandfällen und andern Katastrophen. Der Vorsitzende dankte die lehrreichen Worte von Kamerad Feuerer und kam auf die Verkehrsregelung und den Ordnungsdienst der Freiw. Feuerwehr zu sprechen. Er stellte fest,

wenn die Feuerwehr zu solchen Dienstleistungen angeboten werde, müssen die im Einsatz stehenden Feuerwehrmänner durch Versicherung geschützt sein.

Bisher war diese Voraussetzung sehr mangelhaft. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, sich an die fürstl. Regierung und an die Gemeinden zu wenden um diesen Uebelstand zu beseitigen. Ferner wurde auch über die bei der fürstl. Regierung und beim Landtag hängigen Gesuche diskutiert und die Deligierten erwarten, dass diese längst fällige Eingaben nach der Landtagseröffnung wohlwollend behandelt werden. Zum Schluss wurde den Teilnehmern noch ein Imbiss serviert. Schliesslich dankte der Vorsitzende allen für ihr Erscheinen und kameradschaftliche Mitarbeit im Interesse des Verbandes und der Allgemeinheit und schloss die Versammlung mit dem Motto «Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr. Einer für Alle, Alle für Einen»



Liechtensteinische
Landesbibliothek